



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 18.01.2010

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele  
Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Dr.Compter  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Herr Stadtrat Keil  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Rieger  
Frau Stadträtin Sonntag  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Herr Krause, Ortsverwaltung Mettenberg  
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt  
Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Herr Lucas, Stadtplanungsamt  
Herr Kopf, Hochbauamt  
Herr Mildenberger, Hochbauamt  
Herr Rechmann, Tiefbauamt

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Vorstellung Änderungen GIS	
2.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Haken-Tiefenwiesen Teil I, 1. Änderung"	263/2009
	Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	
3.	Jugendkunstschule - energetische Fassadensanierung Vergabe Verglasungsarbeiten	266/2009
4.	Informationen	
4.1.	Verbindung Geh-/Radweg Freibad - Evangelischer Friedhof Vorstellung Entwurf	265/2009
4.2.	Sanierung Altlast Lehmgrube	268/2009
4.3.	Pflaster Kirchplatz	269/2009
5.	Bekanntgaben	
6.	Verschiedenes	
6.1.	Verschiedenes: Ampelanlagen im Stadtgebiet	
6.2.	Verschiedenes: Bebauungsplan für den Bereich zwischen Saulgauer Straße/Rammingerstraße	
6.3.	Verschiedenes: Arkadenverglasung Rathaus	
6.4.	Verschiedenes: Sanierung Bachgasse	
6.5.	Verschiedenes: Einsatz von Metallnägeln am Kapellenplatz	
6.6.	Verschiedenes: Reduzierung des "Schilderwalds" am Holzmarkt	
6.7.	Verschiedenes: Kreisverkehr an der Friedenskirche	

Die Mitglieder wurden am 08.01.2010 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 17.01.2010 ortsüblich bekannt gegeben.

## TOP 1 Vorstellung Änderungen GIS

Herr Lucas stellt die Neuerungen des Programms dar, welches auf Open-Source-Lösungen basiere. Gegenüber kommerziellen Lösungen sei man dadurch immer einen Schritt voraus. Er geht auf die neuen, einzelnen Karten (Planen und Bauen, Verkehr, Natur- und Umwelt, Geschichte, Stadtplan), den vereinfachten Aufbau und die leichtere Handhabung sowie die neuen Suchfunktionen ein. Verwendet würden mittlerweile Standardformate, sodass die Dokumente von Interessenten ohne zusätzliche Programme geöffnet werden könnten.

StR Abele interessiert sich für die Anzahl der Zugriffe von Externen im Monat, welcher Personenkreis das Informationssystem typischerweise nutze und bittet um eine Aussage zur Kosten-/Nutzenrelation.

StR Keil erkundigt sich, ob im GIS Verbindungen bzw. Verweise zum Internetauftritt des Bürgerheims bestehen. Er möchte zudem wissen, ob auch touristische Informationen wie Hotels, Wanderwege, Kulturdenkmale etc. enthalten sind. Er stellt fest, dass das GIS nur das Hoheitsgebiet der Stadt umfasst und erkundigt sich nach entsprechenden Angeboten auf Kreisebene.

StR Nuding schlägt vor, beispielsweise auch die Speisenangebote von Biberacher Hotels und Gaststätten aufzunehmen.

StR Braig erkundigt sich, ob im GIS die gesamte Fortschreibung bis zum Jahr 2050 enthalten ist.

BM Kuhlmann erläutert, für das verwaltungsinterne Geoinformationssystem der Stadt seien umfangreiche Daten generiert worden, auf die Externe nun zum Teil zugreifen könnten. Ein separater Datenbestand bestehe für das öffentliche Informationssystem nicht, d. h. es gebe hierfür - abgesehen vom Aufbau der Struktur selbst, keinen zusätzlichen Aufwand. Als Beispiel nennt er die Bauplatzvergabe durch das Liegenschaftsamt, die von Amt 23 direkt in die Datenbank eingespeist und damit ohne weiteren Pflegeaufwand (z. B. Übertrag in Plan) über das GIS abrufbar sei. Theoretisch denkbar sei damit auch die Einbeziehung von Speisekarten der Biberacher Gaststätten etc., die Aufbereitung solcher Informationen aufgrund des reduzierten Personalstands vom Stadtplanungsamt jedoch nicht leistbar. Würden z. B. touristische Daten dagegen von dem jeweiligen Fachamt aufbereitet und gepflegt, sei eine Einbindung ohne Weiteres möglich. Wirtschaftlich sei das Informationssystem jedoch aus seiner Sicht nur dann zu betreiben, wenn die Informationen sich aus dem ohnehin notwendigen Tagesgeschäft der Verwaltung generieren.

Frau Christ betont zur Kosten-/ Nutzenrelation die Arbeitserleichterung für Amt 61, seit sich Externe wie Architekten, Immobilienmakler etc. z. B. bezüglich Bebauungsplanfestsetzungen zunächst über das GIS informieren können.

Herr Lucas schätzt die täglichen Zugriffe auf das GIS auf 80 - 120 pro Tag. Aktualisierungen würden in der Regel einmal pro Woche bzw. zweckabhängig vorgenommen.

BM Kuhlmann erläutert, auf das Angebot werde über die städtische Webseite bzw. über Presseartikel aufmerksam gemacht. Er erklärt, in den Umlandgemeinden würden verschiedene Systeme eingesetzt, eine gemeinsame Softwarelösung innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft sei bislang noch nicht erreicht worden. Unter anderem der Kreis sei an einer Kooperation jedoch sehr interessiert. Für die Nutzung des GIS werde lediglich ein DSL-Anschluss, ein Browser sowie ein Programm zum Öffnen von PDFs benötigt. Das Stadtentwicklungskonzept sei noch nicht komplett enthalten, hierum werde man sich kümmern.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 263/2009 zur Vorberatung vor.

BM Kuhlmann geht auf die Geschichte des Bebauungsplanes sowie auf die nun geplanten Änderungen ein und betont die konstruktive Zusammenarbeit sowohl mit der Firma Liebherr als auch mit den Gemeinden Hochdorf/Ummendorf. Über eine mit diesen Gemeinden geschlossene interkommunale Kooperationsvereinbarung habe man die Möglichkeit geschaffen, die durch den Bebauungsplan vorgesehenen Eingriffe in die Landschaft im Ummendorfer Ried auszugleichen. Hierbei gehe es insbesondere um eine Wiedervernässung der Hoch- und Flachmoore sowie um Renaturierungsmaßnahmen für den Biber.

Frau Christ stellt die Änderungen im Detail dar und erläutert, den hierdurch bedingten Eingriff werde man durch Maßnahmen auf externen Flächen - namentlich im Ummendorfer Ried - ausgleichen.

StR Abele signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion, bittet jedoch um nähere Informationen zur Möglichkeit, den notwendigen Ausgleich auf Flächen außerhalb der Biberacher Gemarkung vorzunehmen sowie zum geplanten Restausgleich über das Ökokonto der Stadt Biberach.

StR Keil interessiert der Zeitrahmen für die Umsetzung der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen. Er erkundigt sich, weshalb die Stadt die an die Riß angrenzenden Flächen nicht - wie vom Wasserwirtschaftsamt und der Gewässerdirektion vorgeschlagen - an das Land Baden-Württemberg veräußere und bittet darum, die Nutzungsrechte der vorgesehenen Privatstraße für die Firma Handtmann zu benennen. Im Schadensfall könne dies zu Problemen führen.

StR Rieger befürwortet die Vorlage und lobt die gelungene Flachwasserzone südlich des Plangebiets als auch die vorbildliche Kooperation für weitere Ausgleichsmaßnahmen im Ummendorfer Ried.

StR Weber hält einen entsprechenden Ausgleich für die unwiederbringliche Versiegelung der freien Landschaft nicht für lobenswert, sondern für selbstverständlich und lehnt die geplanten, weiteren Flächenversiegelungen ab. Ärgerlich sei auch die Schließung des Fußwanderweges entlang des Schwarzen Bachs zugunsten der Firma Handtmann - diese fordert er rückgängig zu machen.

StR Braig stellt klar, dass es sich bei den Flächen in diesem Bereich früher um landwirtschaftliche Nutzflächen und keineswegs um ein Biotop gehandelt habe. Er begrüße daher die Renaturierungsmaßnahmen, durch die der Natur gegenüber dem bisherigen Zustand wieder etwas zurück-

gegeben werde. Er signalisiert seine Zustimmung zur Vorlage und merkt an, dass auch ohne den öffentlichen Fußweg entlang des Schwarzen Bachs eine Wegeverbindung entlang der Bahnlinie und dann südlich vom Baggersee in Richtung Hagenbuch bestehe.

StR Nuding hinterfragt den geplanten Restausgleich über das Ökokonto der Stadt Biberach als auch die lt. Bebauungsplan zulässigen, maximalen Gebäudehöhen und bittet um Erläuterung der von der EnBW gewünschten, zusätzlichen KV-Leitung.

BM Kuhlmann betont, den Firmen Liebherr und Handtmann hätten keinerlei Erweiterungsmöglichkeiten mehr zur Verfügung gestanden. Andere Betriebe hätten in dieser Situation vermutlich Erweiterungsflächen gefordert und andernfalls mit dem kompletten Wegfall der Arbeitsplätze gedroht - die Firmen Liebherr und Handtmann hätten sich dagegen jedoch vorbildlich verhalten. Die Firma Handtmann habe sogar bereits ins Baugebiet "Aspach" ausgelagert, um am Standort bleiben zu können. Es handle sich vorliegend um eine klare Abwägung zwischen Naturgütern und dem Erhalt der Betriebe am bestehenden Standort, wobei seitens der Verwaltung die Erweiterung am Standort bei einem gleichwertigen, ökologischen Ausgleich in der Umgebung bevorzugt werde. Zu den im Bebauungsplan festgesetzten, zulässigen Gebäudehöhen erklärt er, gegenüber einer Erweiterung in der Fläche und damit einer zusätzlichen Flächenversiegelung werde eine Aufstockung der Gebäude favorisiert. Die für das Stadtgebiet notwendigen Klimaschneisen habe man dabei beachtet. Der vorgesehene Restausgleich über das Ökokonto schaffe einen zeitlichen Spielraum und damit die Möglichkeit, den erfolgten Eingriff in weiteren, sinnvollen Biotopstrukturen und nicht über einzelne, unzusammenhängende Maßnahmen auszugleichen. Bei der 110-KV-Leitung handle es sich lediglich um eine Verlegung der bestehenden und keine zusätzliche Leitung. Auch die Verwaltung bedaure den Wegfall des Fußwegs entlang des Schwarzen Bachs, die öffentliche Nutzungsmöglichkeit stehe jedoch den Spionagebefürchtungen der Firma Handtmann gegenüber. Er betont, dass der Bachlauf selbst mit seiner Biotopstruktur erhalten bleibe. Die neue Südzufahrt werde künftig den Charakter einer Privatstraße haben, welche die Fa. Handtmann theoretisch auch sperren könne. Der Firma Liebherr stehe lediglich ein Fahrrecht für PKWs zu.

StR Zügel sieht die betriebliche Notwendigkeit und trägt die Ausweisung der Südzufahrt als Privatstraße daher mit. Auch die Kooperation mit Nachbargemeinden hinsichtlich des ökologischen Ausgleichs hält er angesichts der begrenzten Möglichkeiten auf Biberacher Gemarkung für gerechtfertigt und lobenswert.

StR Compter erkundigt sich, ob gesetzliche Vorgaben hinsichtlich der räumlichen Entfernung von Ausgleichsmaßnahmen bestehen. Problematisch sieht er den geplanten Restausgleich über das Ökokonto der Stadt.

BM Kuhlmann erläutert hierzu, grundsätzlich sei der Ausgleich auf der eigenen Gemarkung vorzunehmen. Soweit jedoch, wie im vorliegenden Fall, sinnvolle Biotopstrukturen in der Raumschaft geschaffen werden können, sei dies über interkommunale Vereinbarungen möglich. Zum geplanten Ausgleich über das Ökokonto stellt er klar, dass hierfür ganz konkrete Ausgleichsmaßnahmen, u. A. im Ummendorfer Ried, vorgenommen werden.

StRin Sonntag rügt eine scheinbarweise Versiegelung von immer mehr Flächen im Plangebiet, konkret die des Geh-, Rad- und Wirtschaftswegs entlang der Riß.

BM Kuhlmann erklärt, dieser sei als Baustellenzufahrt benötigt und in diesem Zuge asphaltiert worden. Vorgesehen sei ein Rückbau auf 3 m Breite - künftig werde er wieder ausschließlich als öffentlicher Rad- und Wirtschaftsweg zur Verfügung stehen. Er betont, dass eine weitere Versiegelung von Flächen nach Süden hin ausgeschlossen sei. Angestrebt sei es vielmehr, den Bereich südlich der Südzufahrt naturschutzrechtlich unter Schutz stellen zu lassen.

StR Abele sieht die Vorgehensweise als gelungenes Beispiel, unterschiedliche Interessen in Einklang zu bringen und als tragfähigen Kompromiss für beide Seiten.

**Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat daraufhin bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich, entsprechend dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 266/2009 zur Beschlussfassung vor.

**Ohne Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden**

**Beschluss:**

**Die Vergabe der Verglasungsarbeiten an der Jugendkunstschule erfolgt an den günstigsten Bieter, die Fa. Moll, Uttenweiler zum Angebotspreis in Höhe von 251.203,05 €**



Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 265/2009 zur Kenntnisnahme vor.

BM Kuhlmann schickt voraus, auf Initiative die Stadt habe man sich mit dem Regierungspräsidium Tübingen schließlich auf eine zeitnahe Entschärfung der beengten Radwegesituation in diesem Bereich geeinigt. Voraussetzung sei jedoch die federführende Übernahme der Planung, Bauleitung und Abrechnung sowie die Herbeiführung des Baurechtes durch die Stadt Biberach. Auch sei die Planung von der Stadt Biberach vorzufinanzieren.

Herr Rechmann erläutert die Maßnahme und beziffert die Kosten der Stadt Biberach auf ca. 11.000 €.

StR Abele und StRin Kübler begrüßen die Maßnahme.

StRin Kübler erkundigt sich nach der Ersatzpflanzung für die beiden, der Maßnahme zum Opfer fallenden Bäume und macht auf die derzeit gehäuften Baumfällarbeiten im Stadtgebiet aufmerksam. Als nicht zufriedenstellend empfinde sie den Übergang des Radweges am evangelischen Friedhof direkt auf die Straße und bittet darum, diesbezüglich nach anderen Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Nähere Informationen wünsche sie sich zudem zur Sicherung des Hangs.

StR Compter signalisiert seine Zustimmung, erkundigt sich jedoch nach der Weiterführung des Radwegs nach Norden.

StR Weber befürwortet die Maßnahme ebenfalls.

BM Kuhlmann betont, der Ausbau des Radweges bedinge die Baumfällungen - der Ort der Ersatzpflanzung stehe noch nicht fest. Die Wegeverbindung nach Norden bestehe bereits; Fußgänger und Radfahrer müssten hierfür jedoch die Straßenseite wechseln.

Herr Rechmann ergänzt, Böschungsneigungen im Verhältnis der geplanten 1:1,5 seien im Straßenbau keine Seltenheit und auch in der vorliegenden Situation absolut verträglich. Sollte der Hang wider Erwarten „schieben“, könne man durch entsprechende Maßnahmen reagieren.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 268/2009 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Rechmann erklärt, bei dem anfallenden Deponiegas ( $\varnothing$  40 m<sup>3</sup>/ Stunde) handle es sich um Methangas, dessen Verwertung sich wegen seiner Zusammensetzung, dessen unregelmäßiger Entstehung und der in diesem Fall notwendigen Aufbereitung schwierig gestalte. Die Möglichkeit, eine Mikrogasturbine einzusetzen, werde indes noch geprüft. Ungewiss sei jedoch, wie lange tatsächlich Gas anfallen wird, und damit auch, ob sich eine, wie auch immer geartete Investition letztlich rechnen wird.

Er veranschaulicht die geplante, aktive Entgasung und betont, dass die hierfür benötigte Anlage samt Fackel kaum einsehbar sein werde.

StR Weber sieht den Handlungsbedarf und erkundigt sich nach der Möglichkeit, einen Biofilter o. Ä. einzusetzen.

StR Braig bittet auf die diesbezüglichen Erfahrungen des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises zurückzugreifen und erkundigt sich, ob für den Betrieb der Deponie entsprechende Rückstellungen eingestellt wurden.

Herr Rechmann erklärt auf Anfrage von StR Nuding, mit der Sanierungskontrolle sei die Fa. Klinger + Partner in Stuttgart betraut; nach Aussage des Regierungspräsidiums das Büro Bmit den besten Kenntnissen im Abfallsektor. Er betont den Stellenwert der Untersuchungen insbesondere auch angesichts der im näheren Umfeld bestehenden (Wohn-)Gebäude. Ein Biofilter - wie von StR Weber ins Gespräch gebracht - sei nicht leistungsfähig genug und sollte zudem relativ regelmäßig beschickt werden. Hieran fehle es jedoch - momentan werde die Gasabsaugung im 10-Tages-Rhythmus betrieben. Rückstellungen bestünden seines Wissens nicht - im Verwaltungshaushalt sei für die Unterhaltung der Altlast Lehmgrube jedoch eine größere Summe enthalten.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 269/2009 zur Kenntnisnahme vor.

StR Zügel erkundigt sich nach den Gründen für den desolaten Zustand des Pflasters und macht für die Schäden u. a. den Salzeinsatz verantwortlich. Er weist auf den, auch aus der Bevölkerung kommenden Wunsch hin, bei der Neugestaltung des Kirchplatzes ein „gehfreundliches“ Pflaster zu verwenden und für Rollstuhlfahrer geeignete Verbindungswege vorzusehen. Die Neugestaltung bittet er nicht von der Renovierung der Stadtpfarrkirche abhängig zu machen, da diese erst in einigen Jahren erfolgen werde.

StR Braig begrüßt die Maßnahme als wichtigen Baustein für das Ziel einer „begehbaren“ Innenstadt. Nähere Informationen wünscht er sich jedoch zur Gestaltung der Restfläche des Kirchplatzes. Er regt zudem an, über ein Kataster und entsprechende Rückstellungen für die notwendigen Mittel zur Pflege/ Reparatur der gepflasterten Flächen Sorge zu tragen.

BM Kuhlmann dankt für die Anregungen und **sagt zu**, dem Bauausschuss zu gegebener Zeit das Konzept für den südlichen Kirchplatz vorzustellen. Er betont, dass keine Neugestaltung, aber eine sinnvolle, funktionale Verbesserung des Platzes (u. a. die Einrichtung von Fahrradabstellplätzen) vorgesehen sei. Die Erstellung eines Katasters für die gepflasterten Flächen der Innenstadt sieht er als wichtige, noch anstehende Aufgabe der Verwaltung an.

Herr Rechmann erläutert, das am Kirchplatz verwendete Porphy-Pflaster sei i. d. R. ein sehr gutes, frostsicheres Material, weshalb er sich die aufgetretenen Schäden nur als Folge eines Materialfehlers erklären könne.

**Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.**

## TOP 6.1 Verschiedenes: Ampelanlagen im Stadtgebiet

StR Pfender bezieht sich auf den Ausfall der Ampelanlagen vor Weihnachten, der sich auf den Verkehrsfluss teilweise positiv ausgewirkt habe. Vor diesem Hintergrund bittet er darum, den Bestand einzelner Ampelanlagen kritisch zu hinterfragen und die Fortentwicklung bzw. Verbesserung der Verkehrsregelung in Biberach weiter voranzutreiben. Insbesondere auf der Waldseer Straße stehe man in den Abendstunden an jeder einzelnen Ampel.

BM Kuhlmann schlägt regelmäßige „Ampelberichte“ vor, in welchen die Systeme erläutert und Verbesserungsspielräume dargestellt werden könnten. Er betont jedoch, dass die Stadt Biberach nicht Herrin aller Ampeln im Stadtgebiet sei.

StR Keil stellt klar, dass der Einsatz von Ampeln für den Radfahrer lebensnotwendig sei.

**TOP 6.2    Verschiedenes: Bebauungsplan für den Bereich zwischen Saulgauer Straße/Rammingerstraße**

StR Brenner erkundigt sich nach dem Sachstand.

Frau Christ erläutert, die notwendige Abstimmung zwischen den Grundstückseigentümern sei zwischenzeitlich erfolgt, das Gesamtkonzept für die Entwässerung des anfallenden Niederschlagswassers liege mittlerweile vor. Derzeit werde der Bebauungsplanentwurf erstellt, d. h. die ersten Schritte des Bebauungsplanverfahrens würden zeitnah eingeleitet.

### TOP 6.3    **Verschiedenes: Arkadenverglasung Rathaus**

StR Keil bittet vor dem Hintergrund der mittlerweile gegen die Arkadenverglasung gebildete Bürgerinitiative, die Öffentlichkeit über die Entscheidungsgründe - die Einrichtung von Arbeitsplätzen, den Zugewinn von Ausstellungsfläche sowie die Wiederherstellung des historischen Bestands - zu informieren.

BM Kuhlmann erklärt, er sei im Rahmen der vor kurzem erfolgten Informationsveranstaltung zur Stadtbildanalyse auch auf dieses Thema eingegangen. Trotz der sehr emotional geführten Diskussion überzeuge die sachliche Information, die man auch nochmals über die Presse bereitstellen werde. Er weist darauf hin, dass die beschlossene Maßnahme mittlerweile ausgeschrieben und damit in der Umsetzung begriffen sei und **sagt zu**, im Februar nochmals auf die Öffentlichkeit zuzugehen.

## TOP 6.4 Verschiedenes: Sanierung Bachgasse

StR Rieger beanstandet die Baustellensituation in der Bachgasse, wo sich ein Schlagloch an das nächste reihe.

BM Kuhlmann erklärt, das Problem sei bekannt; vor Weihnachten habe man die bestehenden Schlaglöcher bereits notdürftig geflickt. Die Fortführung der Baumaßnahme sei jedoch von der Witterung abhängig und könne erst erfolgen, wenn sich der Bodenfrost löse, was bis März/April dauern könne.

## TOP 6.5    **Verschiedenes: Einsatz von Metallnägeln am Kapellenplatz**

StR Braig erkundigt sich, ob für das Problem mit den am Kapellenplatz verwendeten Metallnägeln bereits eine Lösung in Sicht ist.

BM Kuhlmann stellt fest, dass sich die Metallnägeln nicht bewährt haben und nach einer alternativen Lösung gesucht werde.



## TOP 6.6 Verschiedenes: Reduzierung des "Schilderwalds" am Holzmarkt

StR Braig beklagt den „Schilderwald“ für die Parkplätze am Holzmarkt und bittet, diesen soweit möglich auszulichten.

BM Kuhlmann erläutert, man habe die Anzahl der Schilder bereits deutlich auf das rechtlich notwendige Ausmaß reduziert.

## **TOP 6.7    Verschiedenes: Kreisverkehr an der Friedenskirche**

StR Braig macht die Verwaltung auf Schäden am Kreisverkehr Gaisentalstraße/Krummer Weg/Grüner Weg aufmerksam.

Herr Rechmann sagt zu, sich die Situation vor Ort anzusehen. Der Kreisverkehr an dieser Stelle sei sinnvoll, werde von vielen Autofahrern jedoch missachtet. Denkbar sei es aus seiner Sicht, den Kreisverkehr etwas anzuheben, um ein Überfahren auszuschließen.

**Bauausschuss, 18.01.2010, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

- Vorsitzender: ..... BM Kuhlmann
- Stadtrat: ..... Keil
- Stadtrat: ..... Zügel
- Schriftführerin: ..... Markieton
- Gesehen: ..... OB Fettback
- Gesehen: ..... EBM Wersch